

diagonal

100 Jahre
BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Am 8. März ist Internationaler Tag der Frau.

Archiv

100 Jahre Einsatz für das Personal

Der BSPV feiert 2012 sein 100-jähriges Bestehen. Zum Auftakt des Jubiläumsjahres erscheint eine spezielle «diagonal»-Ausgabe. Sie steht ganz im Zeichen der Frauen.

Von Anna C. Lehmann Löffel, Kommunikationsverantwortliche BSPV

Der BSPV feiert dieses Jahr seinen 100. Geburtstag. Im Juni 1912 fand im Berner Rathaus die Gründungsversammlung statt. Heuer kann der Verband auf ein ganzes Jahrhundert im Zeichen des Engagements für das Personal zurückblicken. Vieles wurde erreicht. Für manches muss auch heute noch gekämpft werden (Seiten 2, 3 und 5).

Die erste «diagonal»-Ausgabe dieses Jubiläumsjahres ist speziell den Frauen gewidmet. Der 8. März ist der Internationale Tag der Frau. Dieser wurde fast zeitgleich wie der BSPV ins Leben gerufen, nämlich im Jahr 1911. Die Schweiz gehört zu den vier Pionierländern, die vor 101

Jahren den Frauentag zum ersten Mal begehen. Insgesamt nahmen damals über eine Million Frauen teil. Sie forderten das Frauenstimmrecht, das Recht auf die Ausübung öffentlicher Ämter und ein Ende der Diskriminierungen am Arbeitsplatz.

Der BSPV stand von Beginn weg auch dem weiblichen Staatspersonal offen und vertrat für damalige Verhältnisse eine relativ fortschrittliche Haltung (Seite 8). In der Zwischenzeit wurde vieles erreicht. Doch auch heute ist die Gleichstellung von Frau und Mann keine Selbstverständlichkeit (Seite 7). So ist die Lohndiskriminierung immer noch eine Realität. Auch beim Kanton Bern (Seite 12).

2 Aktuelles Thema

Langzeitkontos nicht abschaffen

Durch die Langzeitkontos lassen sich Personaleinsätze flexibel gestalten. Ein Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

7 Interview

«Gleichstellung: nie selbstverständlich»

Seit elf Jahren leitet die Sozialarbeiterin Barbara Ruf die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern des Kantons Bern.

11 Portrait

Die einzige Frau

Die «Automobilexperten» sind eine typische Männersektion im BSPV. Fast. Unter den rund 70 Mitgliedern befindet sich eine einzige Frau.

Hinweis

JA zu mehr Ferien

Der BSPV unterstützt die eidg. Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» von Travail.Suisse. Drei Viertel der Bevölkerung und fast 90 Prozent der Erwerbstätigen wünschen sich mehr Ferien als die gesetzlichen vier Wochen. Besonders stark ist dieser Wunsch bei Familien mit Kindern. Der Kanton Bern gewährt seinem Personal im Minimum 23 Ferientage. Am 11. März kommt die Vorlage vors Stimmvolk.



Zeitguthaben auf dem Langzeitkonto können zum Beispiel für Ferien eingesetzt werden.

D.A.S.

Langzeitkontos auf keinen Fall abschaffen

Mit der Einführung des Langzeitkontos hat der Kanton 2007 einen vorbildlichen Schritt unternommen. Weitsichtig hat er erkannt, dass der Personaleinsatz flexibel gestaltet werden muss. Ein Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Leider ist das Langzeitkonto wegen zwei oder drei Einzelfällen unter rund 22 000 Kantonsangestellten zur Diskussion gestellt worden. Die Obergerichtskommission stellte zu Recht fest, dass es störend ist, wenn ein Mitarbeitender ein ganzes Jahr vor der Pensionierung den Posten verlässt, weil er Zeitguthaben kompensiert. Der Regierungsrat hat nun empfindlich auf diese Kritik reagiert und schlägt Änderungen bei der Regelung des Langzeitkontos vor.

Abschaffung wäre unsinnig

Einige Politikerinnen fordern sogar dessen Aufhebung. Dies, obwohl alle Zeit-

guthaben in der laufenden Rechnung als Ausgaben verbucht und bilanziert sind. Konkret heisst dies: Wer zwei Wochen Ferien auf sein Langzeitkonto überträgt, belastet die Rechnung des laufenden Jahres. Korrekter kann es nicht sein. Trotzdem fühlen sich einige Kader und Politiker, die diese Mechanismen nicht kennen, dazu veranlasst, den Abbau von Langzeitkontos zu fordern. Dies ist finanzpolitisch unsinnig und nicht durchdacht. Weder würde mit dieser Massnahme die Rechnung, noch die Bilanz, noch die finanzielle Situation des Kantons verbessert. Ein Abbau würde lediglich dazu führen, dass im laufenden Jahr weniger Zeit zur Erfüllung

von Aufgaben zur Verfügung steht und der Arbeitsvorrat wächst. Dafür wird das Zeitguthaben abgebaut. Das ist ein Nullsummenspiel, das nur für Verärgerung sorgt.

Die Idee dahinter

Das Langzeitkonto bezweckt gemäss Reglement, dass individuelle Zeitguthaben angespart werden können. Diese sollen dann gemäss den persönlichen Verhältnissen des Arbeitnehmenden sowie im Rahmen der betrieblichen Bedürfnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt verwendet werden. Beispielsweise für einen kürzeren oder längeren Urlaub oder um einen Vorruhestandsurlaub vor der Pensionierung

antreten zu können. Möglich wäre auch, in der letzten Phase vor der Pensionierung den Beschäftigungsgrad ohne Gehaltsreduktion zu reduzieren. Auch lässt sich mit den Zeitguthaben der Arbeitseinsatz flexibler gestalten. Beispielsweise durch eine befristete Reduktion des Beschäftigungsgrads.

Ohne geht es nicht

Das Langzeitkonto hat aber nicht nur für die Angestellten Vorteile. Zwei Beispiele: Wenn ein Wildhüter krankheitsbedingt ausfällt, muss ein anderer sein Gebiet zweitweise übernehmen. Wäre dieser nicht bereit, Ferientage auf folgende Jahre zu übertragen, wäre die Aufgabenerfüllung nicht mehr gewährleistet. Wenn die Polizistinnen und Polizisten kein Lang-

zeitkonto hätten, könnte der Kanton Bern wohl niemanden mehr ans WEF in Davos senden. Und bei Hochrisikospielen im Fussball wäre die Sicherheit nicht mehr garantiert.

Ins eigene Fleisch

Der BSPV fordert deshalb die kantonalen Politikerinnen und Politiker auf, die Langzeitkontos bestehen zu lassen – auch bei den obersten Kadern. Sie kommen dem Kanton zugute. Wenn der Maximalbestand auf ein halbes Jahr beschränkt wird, so können wir damit leben. Werden die Langzeitkontos jedoch abschafft, dann schneidet sich der Kanton ins eigene Fleisch. Es wäre allerdings nicht das erste Mal.

Was darf der Arbeitgeber?

Einige Kantonsangestellte wurden aufgefordert, Angaben über den Abbau des Langzeitkontos (LZK) zu machen. Dies ist unstatthaft. Die Verfügungsgewalt über die Verwendung des LZK liegt alleine beim Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber kann hingegen fordern, dass die Ferien des laufenden Jahres vollumfänglich bezogen werden. Er kann aber nicht ohne nachvollziehbaren Grund bestimmen, wann der Bezug zu erfolgen hat. Gegenseitiges Verständnis, Planung und Absprache führen zum Ziel.

Budget 2012: Das Höchstmögliche für das Personal erreicht

Ist der Grosse Rat am Defizit vorbeigeschrammt? Nicht wirklich. Er hat nur beschlossen, dass keine neuen Schulden gemacht werden dürfen. Umsetzen muss diesen Beschluss die Verwaltung und ihr Personal.

Ein Budget mit einer schwarzen Null. Was heisst das? Der Grosse Rat hat einen Voranschlag 2012 verabschiedet, der keine Neuverschuldung vorsieht. Das war nicht allzu schwer. Er hat den Regierungsrat beauftragt: Macht alles wie vorgesehen, nur wesentlich billiger.

Wer trägt die Verantwortung?

Der Regierungsrat war stark gefordert. Mitten in seiner inzwischen standardisierten Sparhysterie trafen ihn Vorgaben, die ihm das Leben noch schwerer machten: Steuersenkungen, Bundesvorgaben, neue Verbindlichkeiten. Er legte dem Parlament einen defizitären Voranschlag vor. Die Finanzkommission kürzte. Und nun haben wir ein Budget, das ausgeglichen ist. Fast alle anderen Kantone rechnen 2012 mit einem Defizit.

50 Millionen Franken werden bei den Investitionen gespart. 19 Millionen weni-

ger bei den Staatsausgaben – auf dem Buckel von Bildung und Gesundheit. Und das alles wegen Steuersenkungen: 138 Millionen Franken fehlen. Man kann dies schon einsparen: Weniger Lektionen für die Schüler, weniger Geld für die Spitex und ein Spital schliessen. Da protestieren einige. Viele von ihnen haben zuvor aber auch Steuersenkungen gefordert.

Das «Nichts» wurde gut verkauft

Das Kantonspersonal ist dieses Jahr mit einem blauen Auge davongekommen: Mit 1,5 Prozent lassen sich knapp akzeptable Lohnmassnahmen umsetzen. Vom Leistungslohn sind wir aber noch meilenweit entfernt. Die Massnahmen reichen gerade so, um den Abstand zu anderen Arbeitgebern nicht wesentlich anwachsen zu lassen. Der Lohnrückstand wird aber auch so noch grösser. Denn, die 1,5 Prozent des Kantons können nicht mit anderen Lohn-

abschlüssen verglichen werden. Wer zuerst 1,5 Prozent kürzt (Fluktuationsgewinne) und dann 1,5 Prozent gibt (Lohnsummenwachstum), hat de facto nichts gegeben. Dieses «Nichts» wurde vom Kanton aber gut verkauft.

Bildung und Gesundheit leiden

Sollen wir den Grossen Rat nun rühmen, weil er das Wenige nicht gekürzt hat? Oder sollen wir ihn tadeln, weil er kein mutiges Zeichen gesetzt hat? Der BSPV hat sich gemeinsam mit seinen Partnerverbänden eingesetzt und das zurzeit wohl Höchstmögliche für das Kantonspersonal erreicht. Bei unseren Kolleginnen und Kollegen von der Lehrerschaft und im Gesundheitsbereich ist das leider nicht der Fall. Der Regierungsrat hat nun erklärt, das gesamte Kantonspersonal besserstellen zu wollen (Revision Personalgesetz). Wir sind gespannt ...

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob
Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser
Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen
Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45

WL

**WALTER
LUSTENBERGER AG**

Weissensteinstrasse 4
CH-3000 Bern 5
Tel: +41 (0)31 385 28 30
Fax: +41 (0)31 385 28 29
E-Mail: info@wlag.ch
Web: www.wlag.ch

DIE PROFIS FÜR BODENBELÄGE,
TEPPICH, LINOLEUM, KUNSTSTOFF, KORK, LAMINAT UND KAUSCHUK



Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
Um- und Neubauten
Kernbohrungen und Betonfräsen
Sägemattstrasse 2 | 3097 Liebfeld
Telefon 031 971 29 95 | www.bucherbau.ch

NEU: Keramische Wand-
und Bodenbeläge
www.bucherbau.ch/plattenarbeiten

- Neubau
- Umbau
- Service

**Heizung Lüftung
Sanitär Elektro**

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern
Tel. 0319 381 381
Fax 0319 381 391
www.baco.ch

**Bewahren Sie diese
Zeitung sorgfältig auf.
Sie ist die einzige
Schlafunterlage.
Für Sie und Ihre
kleine Schwester.**

Traurige Realität für Millionen Opfer
von Kinderhandel und Ausbeutung.

Sie können helfen: www.tdh.ch · PCK 10-11504-8



Terre des hommes

Kinder brauchen uns. tdh.ch



**Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
am Breitenrainplatz
3014 Bern**

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr
Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

Kehrli+Oeler
CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrlioeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge | Lagerlogistik

diagonal

Hotline Inserate



Beratung und Verkauf:
inserate@staempfli.com
Tel: 031 300 63 89

Motorfahrzeugsteuern senken und dafür die Löhne kürzen?

Die Personalverbände haben es verpasst, bei der ersten Abstimmung über die Senkung der Motorfahrzeugsteuern Position zu beziehen. Dabei betrifft die Vorlage auch das Personal. Nun gibt es eine neue Chance.



Der Volksvorschlag bremst das Personal aus.

BSPV

Am 13. Februar 2011 befürworteten die Berner Stimmberechtigten eine Senkung der Motorfahrzeugsteuer. Mit 172 427 zu 154 792 Stimmen fiel die Zustimmung zum Vorschlag des Grossen Rates (Ecotax) eindeutig aus. Der Volksvorschlag wurde mit 166 860 zu 164 325 Stimmen ebenfalls genehmigt. Bei der Stichfrage obsiegte erstaunlicherweise nicht die deutlicher angenommene Ecotax-Vorlage, sondern der Volksvorschlag.

Wiederholung verschoben

Da der Unterschied bei der Stichfrage bloss 363 Stimmen betrug, wurde eine Nachzählung veranlasst. Diese konnte aber bekanntermassen nicht durchgeführt werden, da einige Gemeinden die Stimmzettel schon vernichtet hatten. Geplant war, die Abstimmung Ende März 2012 zu wiederholen. Nun wurde der Termin verschoben. Das Bundesgericht muss noch über zwei Beschwerden befinden. Diese fordern den Verzicht auf eine Wiederholung. Nächstmöglicher Termin für die erneute Abstimmung wäre der 17. Juni 2012.

Warum Sache des Personals?

Weshalb ist es nun ein Anliegen der Personalverbände, zu Autosteuern Stellung zu nehmen? In der Novembersession des Grossen Rates wurden bei der Budgetberatung zahlreiche schmerzhaft Sparmassnahmen beschlossen. Auch der Lohnanstieg ist nur halb befriedigend. Es zeigte sich, dass der Kanton Bern an allen Ecken und Enden sparen will oder muss. Deshalb ist jede Steuersenkung wesentlich. Die Ecotax-Vorlage des Grossen Rates bringt Steuersenkungen von 20 Millionen Franken. Der Volksvorschlag führt hingegen zu einem Loch in der Staatskasse von ganzen 120 Millionen. Das können wir uns nicht leisten!

Volksvorschlag gefährdet Löhne

Wer wird das Loch stopfen, wenn der Volksvorschlag angenommen wird? Am Ende mit Sicherheit auch die Kantonsangestellten. 120 Millionen sind mehr als der ganze jährliche Lohnanstieg für das gesamte Personal. Jede Polizistin, die weniger fürs Auto zahlt, dann aber eine Ge-

haltsstufe weniger erhält, fährt sehr viel schlechter. Jeder Strassenmeister, der 300 Franken beim Auto einspart und dann bei den Stufen leer ausgeht, hat nichts gewonnen. Wer in den kommenden Jahren mit einer Lohnentwicklung rechnen will, setzt besser auf die Ecotax-Vorlage des Grossen Rates.

Der BSPV vereinigt traditionell Mitglieder mit sehr verschiedenen politischen Ansichten. Was uns vereint, ist das gemeinsame Einstehen für faire Arbeitsbedingungen. Die parteipolitisch breit abgestützte Geschäftsleitung des BSPV stellt sich deshalb geschlossen gegen den Volksvorschlag und befürwortet die Ecotax-Vorlage des Grossen Rates.

Keine Mittel für Abstimmungskampf

Der Verein Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE) setzt 50 000 Franken für die Kampagne «Gegen das Kaputtsparen des Kantons» ein. Damit soll unter anderem der Einnahmehausfall von 100 Millionen Franken verhindert werden. Dieser droht mit einer Annahme des Volksvorschlags zu den Motorfahrzeugsteuern. Erfahrungsgemäss würde rund ein Drittel der Einsparungen auf Kosten der Schule gehen.

Der BSPV setzt sich ebenfalls gegen den Volksvorschlag ein. Aus Rücksicht auf die differenzierte Haltung unserer Verbandsmitglieder werden jedoch keine finanziellen Mittel für den Abstimmungskampf aufgewendet.



Wir storen Sie!
Zum Beispiel mit: Fensterläden

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Wetzschutzprodukten

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

Eidgenössische Fachausweise
Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

Muesmatt AG

Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

WASNER AG
Uetendorf
Tel. 033 345 75 50 • Fax 033 345 75 52

Tankrevisionen
Tank-Neuanlagen und -Sanierungen
Tankraum-Auskleidungen
info@wasnerag.ch • www.wasnerag.ch

Jetzt Winterrabatt

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

diagonal

**BSPV
APEB**
www.bspv.ch

Die nächsten Termine für Inserate:
Heft 2 vom 27.4. Inserateschluss: **28.03.12**
Heft 3 vom 15.6. Inserateschluss: **16.05.12**

Beratung und Verkauf:
inserate@staempfli.com
Telefon 031 300 63 89

Das Hauptstadthotel. Treffpunkt von Politik,
Wirtschaft und Sport. 100 neue, moderne Zimmer.
Behagliches Stadtrestaurant 7-Stube.
Feinschmecker-Restaurant Kurierstube. Kongress-
und Banketträume für 10 bis 300 Personen.

B HOTELBERN

Zeughausgasse 9 Telefon +41 (0)31 329 22 22 hotelbern@hotelbern.ch
CH-3011 Bern Telefax +41 (0)31 329 22 99 www.hotelbern.ch



«Gleichstellung wird sich nie einfach von alleine regeln»

Barbara Ruf leitet seit elf Jahren die Fachstelle des Kantons Bern für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Im «diagonal» spricht die Sozialarbeiterin über Aufgabe, Sinn und Zweck einer solchen Stelle.

Ist heute in der Schweiz Gleichberechtigung nicht selbstverständlich? Braucht es eine kantonale Fachstelle dafür?

Barbara Ruf: Vor fünfzehn Jahren hätte ich vielleicht gesagt: Das Ziel ist dann erreicht, wenn es uns nicht mehr braucht. Heute weiss ich, dass Gleichstellung niemals selbstverständlich sein wird. Die Gesellschaft verändert sich immer wieder. Und bei jeder Veränderung stellen sich auch neue Herausforderungen bezüglich Chancengleichheit.

Wo liegen zurzeit die thematischen Schwerpunkte der Fachstelle?

Wir haben drei Hauptthemen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes – insbesondere die Lohngleichheit und die Prävention von sexueller Belästigung. Und den Abbau von Stereotypen bei der Berufswahl und Laufbahnplanung. Unser Grundauftrag ist es, die Gleichstellung zwischen Frau und Mann in der Bevölkerung zu fördern und uns für den Abbau von Diskriminierungen einzusetzen.

«Der Kanton muss sich messbare und verbindliche Ziele setzen.»

Wie steht der Arbeitgeber Kanton Bern punkto Gleichstellung da?

Der Kanton Bern ist rechtlich dazu verpflichtet, die Gleichstellung aktiv zu fördern. Und er tut auch einiges dafür. Kürzlich wurde die Verwaltung mit dem Prädikat «Familie UND Beruf» für ihr überdurchschnittliches Engagement zu Gunsten der Vereinbarkeit und der Gleichstellung der Geschlechter ausgezeichnet.

Also alles bestens beim Kanton Bern?

Es gibt Verbesserungspotenzial. Beispielsweise gehören 15 Prozent der männlichen Kantonsangestellten, aber nur sieben Prozent der Frauen zum obersten Kader. Das zeigt sich auch im Lohn: Frauen verdienen im Schnitt über 19 Prozent weniger als die Männer, wobei 2,5 Prozent nicht objektiv erklärbar sind. Hochgerechnet auf einen durchschnittlichen Vollzeitlohn verdienen Frauen bei gleichen Voraussetzungen jährlich rund 2000 Franken weniger als ihre männlichen Kollegen.

Was wünschen Sie sich vom Kanton?

Die meisten Direktionen formulieren zwar Ziele bezüglich Gleichstellung. Doch oft sind diese wenig konkret und kaum messbar. Zudem sind die Verantwortlich-

keiten und Prozesse oftmals nicht definiert. Das muss sich ändern. Der Kanton muss sich realistische, messbare und verbindliche Ziele setzen und konkrete Massnahmen definieren. Zum Beispiel zur Erhöhung des Frauenanteils im Kader.

Zudem sollte er bei der Förderung der Vereinbarkeit den Fokus auf die Männer erweitern. Die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs wäre beispielsweise wünschenswert.

Was können die Personalverbände zur Gleichstellung beitragen?

Die Verbände haben eine wichtige Rolle. Sensibilisiert die Mitglieder. Beobachtet die Entwicklung. Stellt dem Kanton Fragen zum Stand der Dinge bei der Umsetzung von Massnahmen. Formuliert Erwartungen. Verlangt Rechenschaft. Nutzt die politischen Instrumente.

Interview-Partnerin:

Barbara Ruf wurde im Februar 2001 vom Regierungsrat zur Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS) des Kantons Bern gewählt. Von 1995 bis 2001 hatte sie die Co-Leitung der aargauischen FGS inne.

Die Rolle der Frauen im Staatspersonalverband

Bereits die ersten BSPV-Statuten von 1912 sahen Mitglieder «beiderlei Geschlechts» vor. Bis eine Frau das oberste Verbandsorgan bekleidete, dauerte es allerdings noch viele Jahre.



Frieda Amstutz (oben), erste Präsidentin der Abgeordneten.

BSPV

«Der Verband besteht aus Aktivmitgliedern beiderlei Geschlechts.» So steht es in den Gründungsstatuten des BSPV von 1912. Der Verband vertrat eine für damalige Verhältnisse relativ fortschrittliche Haltung. Dass das weibliche Staatspersonal innerhalb des Staatsdienstes jedoch um Akzeptanz kämpfen musste, zeigt folgender Auszug aus der «Bernischen Bureau-Zeitung» von 1915: «Ein Einsender hält sich über die Verwendung von weiblichem Personal im Staatsdienste auf. Er erklärt diese Anwesenheit in den Staatsbureaux als gänzlich unpassend und möchte diese Leute daraus verschwinden lassen.»

Fortschrittliche Haltung

Die Antwort des Verbands auf diese Zuschrift: «Wir können uns mit dieser Auffassung nicht ganz einverstanden erklären. Sicherlich ist es bedauerndwert, dass weibliche Personen zu einem Bureauberufe greifen müssen [...]. Wenn aber die Zeitumstände die weiblichen Personen in alle

Berufsarten hineindrängen, die zu versehen ihnen möglich wird, so kann unser Bestreben nicht dahin gehen, ihnen diese Verdienstmöglichkeiten zu nehmen [...]»

Bereits in seinen Anfangsjahren zählte der BSPV weibliche Angestellte zu seinen Mitgliedern. Und diese forderten teilweise bereits zu Beginn der Zwanzigerjahre «die vollständige Gleichstellung mit den männlichen Staatsangestellten», wie aus der 25-Jahre-Jubiläumsschrift des BSPV zu entnehmen ist.

Die erste Frau im Zentralvorstand

Die höheren Verbandsorgane waren jedoch lange Zeit in reiner Männerhand. Dies änderte sich erst gegen Ende der Vierzigerjahre: Aus dem Protokoll der Abgeordnetenversammlung von 1947 geht hervor, dass die damalige Ortsgruppe Bern mit der Laborantin Gertrud Schwarz eine Vertreterin der weiblichen Mitglieder für den Zentralvorstand vorschlug. Etwa ein Sechstel des Personals in der Staatsverwaltung war zu dieser Zeit weiblich –

vorwiegend in den unteren Besoldungsklassen. An der besagten Abgeordnetenversammlung wurde Gertrud Schwarz dann in einer Kampfwahl in den Zentralvorstand gewählt. Acht Jahre zuvor wurde die Wahl einer Frau in dieses Gremium noch abgelehnt. Dies, obwohl der Verband damals bereits 700 weibliche Mitglieder verzeichnete.

Die erste Frau im obersten Amt

Fast dreissig Jahre nach der Wahl von Gertrud Schwarz wird 1974 mit Frieda Amstutz erstmals eine Frau Vizepräsidentin der Abgeordnetenversammlung. Im Jahr 1981 wird sie dann als erste Frau zur Präsidentin und somit ins höchste Verbandsorgan gewählt.

Heute hat der Verband wieder einen Mann im höchsten Amt. Vize ist aber eine Frau. Zudem sitzen aktuell elf Frauen im Zentralvorstand und 23 in der Abgeordnetenversammlung. Die Geschäftsleitung des BSPV zählt zurzeit hingegen nur eine einzige Frau.

Hinweis

Rabattliste 2012 und Vergünstigungen

Ob Fitness-Abo, Sprachkurse, Möbel, Bettwaren oder Sportartikel: BSPV-Mitglieder geniessen Rabatte und Spezialkonditionen in zahlreichen Geschäften, Firmen und Institutionen im Kanton Bern. Eine Übersicht bietet die Rabattliste 2012 auf der Website des BSPV.

Neben diesen Rabatten können BSPV-Mitglieder von vergünstigten Reka-Checks, einem Kollektivvertrag bei der Krankenversicherung KPT sowie von Spezialkonditionen bei der Coop-Rechtsschutzversicherung profitieren.

Wer alle Vergünstigungen nutzt, profitiert mehr, als der jährliche Mitgliederbeitrag kostet. Es lohnt sich also doppelt, BSPV-Mitglied zu sein.

www.bspv.ch/de/dienstleistungen/verguenstigungen.html

Volle Rente oder Teilkapitalbezug?

Soll die Altersleistung der Pensionskasse vollumfänglich als Rente oder teilweise in Kapitalform bezogen werden? Bei Ehepaaren ist eine gemeinsame Entscheidung erforderlich. Finanzplanungsexperte Oliver Grob gibt wichtige Tipps.

Bei der Bernischen Pensionskasse (BPK) ist ein Teilkapitalbezug von maximal fünfzig Prozent der Austrittsleistung möglich. Neben objektiven und rechnerischen Kriterien ist bei dieser Weichenstellung auch das Bauchgefühl wichtig. Menschen, die in finanziellen Belangen einfache Lösungen suchen und sich nicht gerne mit Geldfragen beschäftigen, sind mit der Pensionskassenrente gut bedient. Wer die höchstmögliche lebenslängliche Einkommenssicherheit sucht, ebenfalls.

Kapitalbezug eher beim Mann

Bei verheirateten Frauen sind Kapitalbezüge eher beim Ehemann angezeigt. Dies, weil die Frauen in der Regel aufgrund von Familienpausen oder Teilzeitarbeit ein kleineres Altersguthaben aufweisen, durchschnittlich etwas jünger sind als der Mann und statistisch länger leben. Ein Kapitalbezug ist nur mit Unterschrift des Ehepartners möglich. Es müssen sich also immer beide Partner mit der Frage auseinandersetzen.

Im Einzelfall entscheiden

Wer einen Teil seines Altersguthabens im Todesfall gerne innerhalb der Familie sichern möchte, der prüft einen Teilkapitalbezug. All jene, die Planungsfreiraum oder Steuervorteile suchen, ebenfalls. Im Einzelfall sind aber auch andere Aspekte zu beachten: So müssen Personen, die vorzeitig in Pension gehen, bei einem Teilbezug eine Kürzung der Überbrückungsrente in Kauf nehmen. Auch reduziert sich durch einen Teilbezug eine eventuelle spätere Witwenrente, falls der Mann vor der Frau stirbt (was statistisch wahrscheinlicher ist). Deshalb ist es wichtig, dass eine ehe- oder erbrechtliche Regelung besteht,



Oliver Grob.

Zanoni

die der Situation und den Wünschen des Ehepartners Rechnung trägt.

Planung ist das A und O

Das Alter allfälliger Kinder, die eigene Lebenserwartung sowie steuerliche Aspekte und die finanzielle Gesamtsituation fliessen ebenfalls in die Überlegungen mit ein. Eine frühzeitige finanzielle Pensionsplanung liefert dabei die Entscheidungsgrundlagen.

**Oliver Grob, Kaufmann HKG und eidg.dipl. Finanzplanungsexperte
Gläser+Partner
BSPV-Partner für Finanzberatungen
www.glauserpartner.ch**

www.bspv.ch/de/dienstleistungen/verguenstigungen/finanzen-vorsorge.html

Hinweis

Hauptversammlungen 2012

Höhere Angestellte Bern

Wann: Mittwoch, 7. März, um 17.30 Uhr

Wo: Konkursamt Bern-Mittelland, Poststrasse 25, Ostermundigen

Schwerpunktthema: Die Situation der Pensionskassen

Anmeldung: Max Suter, Tel. 031 633 84 82, max.suter@erz.be.ch

Handwerklich-technisches Personal (HTP)

Wann: Freitag, 9. März, um 19.00 Uhr

Wo: Restaurant «Mappamondo», Länggassstrasse 44, Bern

Anmeldung: Maya Burri, Tel. 034 426 42 61 oder 034 422 06 24, maya.burri@bfh.ch

Rentnervereinigung

Wann: Freitag, 30. März, um 13.30 Uhr

Wo: Hauptgebäude Kaserne Bern, Seminarraum 001

Referent: pens. Pfarrer Andreas Urweider zum Thema «Neue Perspektiven im Alter»

Anmeldung: Eugen Schneider, Tel. 031 829 14 02, schneider.eugen@bluewin.ch
Im Anschluss wird ein Zvieri offeriert.

Vereinigung Berner Ortsgruppen (VBOG)

Wann: Mittwoch, 11. April, um 18.00 Uhr

Wo: Hotel Bern, Saal 1, Zeughausgasse 9, Bern

Anmeldung: Erich Frauenfelder, Tel. 033 336 56 76, erich.frauenfelder@bluewin.ch

Alle Veranstaltungen unter:

www.bspv.ch/de/aktuell/veranstaltungen.html

Rentner: Programm 2012

Die Rentnervereinigung des BSPV plant auch fürs neue Jahr zahlreiche Aktivitäten für ihre rund 1800 Mitglieder.

Inselspital – Gastronomie

Einblick in die Patientengastronomie. Anschliessend gemeinsames Abendessen (obligatorisch).

Wann: Mittwoch, 18. April, nachmittags

Organisation: Eugen Schneider

Napf (BE) – Luthern (LU)

Mittagessen auf einem Bauernhof. Besuch Sägewerk Christen AG, welches das ganze Dorf mit Wärme versorgt. Anschliessend Besuch der Napf-Chäsi AG.

Wann: Dienstag, 3. Juli

Wie: mit dem Car, Einsteigeorte in Bern und Thun

Organisation: Roland Schafer

Schwarzwaldrundfahrt

Kaffeehalt in Siggenthal Station. Mittagessen in Birkendorf im Restaurant «Tannenmühle» bei Grafenhausen. Weiterfahrt nach Schluchtsee zur romantischen Schwarzwaldrundfahrt. Aufenthalt

in St. Blasien zur Dombesichtigung. Rückfahrt durch das Basellandschaftsgebiet.

Wann: Mittwoch, 19. September

Wie: mit dem Car, Einsteigeorte in Bern und Lyss

Organisation: Peter Schneider

Bielsee – Ligerz – Schafis

Von Biel mit dem Schiff nach Ligerz. Ev. Besuch des Rebbbaumuseums. Zu Fuss nach Schafis. Mittagessen bei Familie R. Andrey. Rückweg über den Rebenweg nach Twann. Von dort aus (oder auch ab Ligerz) mit dem Schiff nach Biel.

Wann: Mittwoch, 24. Oktober

Wichtig: individuelle Anreise (Bahn/Auto) nach Biel

Organisation: Robert Ruprecht

Infos und Anmeldung

Je nach Organisator:

Eugen Schneider: Tel. 031 829 14 02, schneider.eugen@bluewin.ch

Hinweis

Jubiläumsaktionen der Sektionen

Heuer feiert der BSPV sein 100-jähriges Bestehen. Dazu führt der Verband diverse Aktionen durch. Plant Ihre Sektion dieses Jahr auch einen speziellen Jubiläumsanlass? Zum Beispiel ein Jubiläumsapéro für Mitglieder und potenzielle Neumitglieder? Oder eine andere (Werbe-)Aktion? Der BSPV unterstützt die Jubiläumsaktionen seiner Sektionen gerne. Mit Rat und Tat und auch finanziell. Die Organisatorinnen und Organisatoren von Anlässen können sich auf der Geschäftsstelle melden:
Tel. 031 311 11 66, lehmann@bspv.ch.

Roland Schafer: Tel. 033 222 50 81, roland.schafer@bluewin.ch

Peter Schneider: Tel. 032 351 34 26, p.schneider42@bluewin.ch

Robert Ruprecht: Tel. 031 381 21 77, rob.ruprecht@bluewin.ch

Die neue Generation ist eher jünger und eher weiblich

Die Sektion der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatern (BSLB) wird von zwei Frauen präsidiert. Auch der Mitgliederbestand ist mehr als zur Hälfte weiblich.

Innerhalb der Vereinigung Fachpersonen der Berner Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (VBB) bilden rund 45 Berufsberatende eine Sektion des BSPV. Das sind gut zehn Mitglieder mehr als Ende 2009. Co-Präsidentin Stéphanie Kubat schliesst diese erfolgreiche Entwicklung nicht zuletzt auf die aktive Mitgliederwerbung ihrer Delegierten Marie-Louise Spiegel Preuck zurück.

Immer mehr Frauen

Bereits heute sind mehr als die Hälfte der Sektionsmitglieder weiblich. Dies spiegelt ziemlich genau die Situation auf

dem Arbeitsmarkt wider, so Kubat: «Wir stehen mitten in einem Generationenwechsel. Die nachkommenden Berufsberatenden sind eher jünger und mehrheitlich weiblich.» Auch der Vorstand der VBB besteht aus fünf jüngeren Frauen und einem pensionierten Mann.

Die Jungen motivieren

Die ältere Generation sei deutlich besser organisiert gewesen, so die Co-Präsidentin. Die nachkommende Generation müsse neu motiviert werden. Dies vor allem, weil durch die Kantonalisierung der BSLB vieles besser geregelt worden sei.

Zwar seien die jungen Berufsleute generell interessiert und offen für soziale Anliegen. «Trotzdem», so Stéphanie Kubat, «sind sie zu Beginn ihrer Laufbahn nicht so leicht für einen Verbandsbeitritt zu gewinnen. Teilweise auch, weil sie sich noch in Ausbildung befinden oder erst eine Praktikums- oder befristete Stelle haben.»

Bei den jüngeren Berufsberatenden sind die Löhne nach wie vor ein Thema. Bei der Einreihung wurden in den letzten Jahren zwar kleine Verbesserungen erreicht. Zufriedenstellend ist die Situation aber noch immer nicht.



Minderheit: männlicher Berufsberater.

Die einzige Automobil-expertin im Verband

Die Automobilexpertinnen und -experten sind seit fast sechzig Jahren im BSPV vertreten. Die Sektion zählt knapp siebzig Mitglieder. Darunter eine einzige Frau.

Seit Mitte der Fünfzigerjahre sind die Automobilexperten des Kantons Bern im BSPV organisiert. Die Mitgliederzahlen sind stabil. Bis heute ist die Sektion eine Männersektion geblieben. Fast. Einzige Ausnahme unter den knapp siebzig Mitgliedern bildet Nicole Stucki aus Burgdorf. Sie arbeitet als Verkehrsexpertin im Verkehrsprüfzentrum (VPZ) Bern.

Keine Angst vor harter Arbeit

Die gelernte Automechanikerin absolvierte von 2003 bis 2005 die Ausbildung zur Verkehrsexpertin. Durch Zufall sei sie zu diesem typischen Männerberuf gekommen. «Bei einer Fahrzeugprüfung wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass auch Frauen als Verkehrsprüfungsexpertinnen gesucht werden. Da habe ich mich beworben und bekam die Stelle in Bern.» Im VPZ Bern sind von 45 Experten gerade mal drei Frauen. Wie arbeitet es sich in einer solchen Männerdomäne? «Man darf als Frau nicht zurückschrecken, wenn mal härtere Arbeiten anfallen», erklärt Nicole Stucki.

BSPV als starker Partner

Noch während der Ausbildung zur Expertin ist die Burgdorferin in den BSPV eingetreten. «Ich finde es ist wichtig, einen starken Partner zu haben, der für die Mitarbeitenden einsteht. Im Berufsleben kann es irgendwann eine Situation geben, mit der man alleine nicht mehr fertig wird.» Vom Verband wünscht sich die 35-Jährige, dass er bei Fragen und Unklarheiten für die Mitglieder da ist und in schwierigen Situationen Lösungen sucht.

Gute Entwicklungsmöglichkeiten

Gemäss Sektionspräsident Jean-Jacques Lièvre hat sich die Gehaltsentwick-



Nicole Stucki im Einsatz. Lehmann

lung bei den Verkehrsexperten aufgrund der Anpassungen des Lohngefüges im Frühling 2008 ein wenig verbessert. Auch die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten wurden dadurch erweitert. Als positiv beurteilt Nicole Stucki ausserdem die geregelten Arbeitszeiten und den regen Kundenkontakt. Eher als Nachteil empfindet sie hingegen den Zeitdruck, der sehr oft herrsche. Von den durchwegs männlichen Sektionskollegen wurde sie damals positiv aufgenommen. «Ich bin eher eine stille Verbandskollegin. Mir fehlt etwas die Zeit, um an die Sitzungen zu gehen. Doch wenn ich für etwas angefragt werde, helfe ich gerne mit.»

Sektion Automobilexpert/-innen

Jean-Jacques Lièvre, Präsident
jean-jacques.lievre@pom.be.ch

Kolumne

Frauen führen anders?!

Seit 15 Jahren arbeite ich in Führungspositionen. Immer wieder werde ich gefragt, ob Frauen anders führen als Männer. Eigentlich nicht, ist meine erste Reaktion darauf. Frauen können – wie Männer – gut oder schlecht führen.

Im Alltag zeigen sich aber dennoch Unterschiede. Unterschiede, die meiner Meinung nach in den unterschiedlichen Lebensentwürfen von Frauen und Männern wurzeln. Frauen übernehmen – auch wenn sie anspruchsvolle Führungsaufgaben inne haben – noch immer mehr Verantwortung für die Kinderbetreuung und den Haushalt. Sie sind nebenher vielleicht noch ehrenamtlich für gemeinnützige Organisationen tätig oder betreuen die behinderte Mutter. Und zwar unabhängig davon, ob sie teilszeitlich arbeiten oder nicht.

Frauen brauchen deshalb in ihrem Alltag eine effiziente Organisation, eine gute und klare Struktur. Sie haben deshalb eine höhere Sensibilität bezüglich Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung. Dies führt dazu, dass Frauen anders führen: oftmals klarer, direkter, effizienter und strukturierter. Weil sie andere Biografien und Lebenserfahrungen haben, die sie prägen.



Von Regula Mader
 Vorsitzende der Geschäftsleitung
 Universitäre Psychiatrische
 Dienste Bern (UPD)

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Kantonsverwaltung ausgezeichnet

Im Dezember 2011 wurde der Arbeitgeber Kanton Bern als erste Gesamtverwaltung der Schweiz von der externen Fachstelle UND als familienfreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet. Mit diesem Prädikat beweist der Kanton Bern, dass die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf sowie die Gleichstellung von Frau und Mann wichtige Anliegen sind und auch künftig gefördert werden.

Lohngleichheitsdialog: Erste Bilanz gezogen

An der Medienkonferenz vom 14. November 2011 zogen die Sozialpartner und der Bund eine Zwischenbilanz des vor zwei Jahren gestarteten Lohngleichheitsdialogs. Bisher haben sich weniger Unternehmen beteiligt als erhofft. Das Interesse von Unternehmen soll nun mit mehr Präsenz und besserer Kommunikation geweckt werden. Der Lohngleichheitsdialog will möglichst viele Unternehmen motivieren, die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern freiwillig zu überprüfen. Der Kanton Bern macht mit.



Zertifikat für den Kanton Bern.

Frauen in der Kantonsverwaltung

Im Jahr 2010 arbeiteten 9448 Frauen in der Berner Kantonsverwaltung. Das ist fast die Hälfte des gesamten Personals. 70 Prozent der weiblichen Kantonsangestellten arbeiten Teilzeit. Bei den Männern sind es 31 Prozent. Nur 7 Prozent des weiblichen Personals gehören zum oberen Kader. Bei den Männern sind es 15 Prozent. Ausgewogener ist die Situation im mittleren Kader. In den tieferen Lohnklassen finden sich deutlich mehr Frauen.

Lohnungleichheit

Bei gleicher Arbeitszeit verdienen die weiblichen Angestellten des Kantons Bern im Jahr 2010 durchschnittlich 19,3 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. 87 Prozent dieser Differenz lassen sich durch objektive Kriterien erklären: Alter, Ausbildung, Anstellungsdauer, Berufserfahrung, Kaderstufe. Für 13 Prozent gibt es aber keine Erklärung. Frauen verdienen beim Kanton Bern – unter identischen Bedingungen – also im Schnitt 2,5 Prozent weniger als Männer.



Lohnungleichheit: noch keine Realität.

Frauen sind oftmals überqualifiziert

Gemäss Bundesamt für Statistik besetzen Frauen häufiger Stellen, die nicht ihren erworbenen Qualitäten entsprechen: Fast 3 Prozent der erwerbstätigen Frauen in der Schweiz sind erheblich und weitere 25 Prozent mutmasslich überqualifiziert. Bei den Männern sind es nur 1 respektive 16 Prozent. Zudem leisten Frauen mehr Abend- und Wochenendarbeit, führen fast doppelt so oft wie Männer Arbeit auf Abruf aus und befinden sich häufiger in befristeten Anstellungsverhältnissen.

Neue Branchenkultur für Banken gefordert

Der Schweizer Bankpersonalverband (SBPV) fordert im Sinne einer neuen Branchenkultur die Banken dazu auf, die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen zusammen mit den Sozialpartnern zu überprüfen. Der SBPV ist überzeugt, dass Lohngleichheit für die einzelnen Banken einen Wettbewerbsvorteil bringt. Zudem gehe es nicht um freiwillige Vereinbarungen, sondern um die Einhaltung eines Gesetzes.



Frauen sind öfters überqualifiziert.

Impressum

diagonal

BSPV
APEB

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Anna C. Lehmann Löffel
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger, Ch. Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Une seule femme parmi les experts en automobiles

Les expertes et experts en automobiles sont représentés au sein de l'APEB depuis presque soixante ans. La section compte près de septante membres. Parmi ceux-ci une seule femme.



Nicole Stucki en pleine action. Lehmann

Depuis le milieu des années cinquante, les experts en automobiles du canton de Berne sont organisés au sein de l'APEB. Jusqu'à présent, il s'agissait d'une section composée d'hommes uniquement. Ou presque. Nicole Stucki fait figure d'exception parmi les quelque septante membres. Elle travaille comme experte au centre de contrôle de la circulation routière de Berne.

Trois femmes à Berne

La mécanicienne sur auto diplômée a suivi, de 2003 à 2005, une formation d'experte en matière de circulation routière. C'est par hasard qu'elle en est venue à opter pour cette profession dite typiquement masculine: «Lors d'une expertise d'un véhicule, mon attention a été attirée par le fait que l'on recherchait également des femmes comme expertes en matière de circulation routière. C'est alors que j'ai postulé et que j'ai obtenu le poste à Berne». Au Centre de contrôle de la circulation routière à Berne, trois femmes figurent parmi les 45 experts.

Avoir un partenaire solide

L'habitante de Berthoud s'est affiliée à l'APEB alors qu'elle suivait encore sa formation en tant qu'experte. «Je trouve important d'avoir un partenaire solide, qui s'engage en faveur de ses membres. Dans la vie professionnelle, il se peut, à un moment ou à un autre, qu'on se trouve dans une situation que l'on est plus capable de gérer seul». Cette femme de 35 ans exige de l'association qu'elle soit présente lorsque surgissent des problèmes ou des questions touchant ses membres et recherche des solutions dans des situations difficiles.

De bonnes perspectives

Selon le président de section, Jean-Jacques Lièvre, la progression salariale s'est, s'agissant des experts de la circulation routière, quelque peu améliorée. Et ce suite aux adaptations des structures salariales au printemps 2008. De même, les possibilités personnelles de développement ont été du même coup élargies. Nicole Stucki juge en outre positive la réglementation du temps de travail. En revanche, elle considère comme un inconvénient le fait de devoir souvent travailler dans des délais très courts.

Elle a été très bien accueillie par ses collègues masculins. «Je suis plutôt une collègue discrète parmi les membres de l'association. Pourtant, quand on sollicite ma participation, je dis volontiers oui».

Section experts en automobiles

Jean-Jacques Lièvre, président
jean-jacques.lievre@pom.be.ch

Note

Baisser d'abord les impôts, puis les salaires ?

Le vote sur la baisse des taxes sur les véhicules à moteur devrait avoir à nouveau lieu au plus tôt à la mi-juin. L'APEB recommande à ses membres de voter OUI au projet de taxe écologique (Ecotax) du Grand Conseil.

Pourquoi les associations de personnel prennent-elles position sur les taxes sur les véhicules à moteur ? C'est simple : le projet populaire entraînerait un trou de 120 millions de francs dans la caisse de l'Etat. Le canton de Berne doit épargner à tout prix (mesures d'allègement des charges). Qui comblera ce trou ? Assurément aussi les employés cantonaux ! 120 millions, c'est plus que la progression salariale annuelle pour l'ensemble du personnel. Chaque agente de police qui paie moins pour sa voiture, mais reçoit un échelon de traitement de moins, roule dans de moins de bonnes conditions financières. Chaque cantonnier qui économise 300 francs sur ses frais de voiture et n'obtient pas d'échelon n'a rien gagné.

Le projet de taxe écologique du Grand Conseil entraîne une baisse d'impôts de 20 millions de francs, mais laisse au canton quelque 100 millions de francs pour l'accomplissement de ses tâches. Quiconque s'attend ces prochaines années à une évolution des salaires misera plutôt sur le projet du Grand Conseil.



Les comptes épargne-temps permettent d'épargner des bonifications de temps.

Archives

Ne supprimer en aucun cas les comptes épargne-temps

En introduisant le compte épargne-temps, le canton a entrepris une démarche qui devait servir d'exemple. Il a compris que le personnel devait disposer d'une grande flexibilité dans l'utilisation de son horaire de travail.

Malheureusement, les comptes épargne-temps (CET) devaient être remis en question à cause de deux ou trois cas isolés parmi les quelque 22 000 employés cantonaux. La commission de haute surveillance a constaté qu'il était aberrant qu'un employé puisse quitter son poste une année avant sa mise à la retraite parce qu'il pouvait compenser son avoir d'heures de travail. Le Conseil-exécutif a donc réagi à cette critique et propose des modifications à apporter à la réglementation régissant les CET.

Une suppression serait une absurdité

Quelques politiques exigent même leur suppression. Et ce bien que toutes les bonifications de temps soient inscrites

comme des dépenses dans le bilan du compte courant. Concrètement, cela signifie que quiconque reporte deux semaines de vacances sur son CET entraîne une charge sur le budget de l'année en cours. On ne peut pas être plus correct. Il n'en demeure pas moins que certains cadres et politiciens, ignorant ce mécanisme, se voient incités à exiger tout simplement la suppression des CET. D'un point de vue de politique financière c'est totalement irréfléchi, voire insensé. Cette mesure n'améliorerait ni le compte d'Etat, ni le bilan, ni la situation financière du canton.

L'idée sous-jacente

Les CET ont pour but, selon le règlement, de permettre à l'employé d'épargner

ses bonifications de temps. Celles-ci doivent, en fonction de la situation personnelle de l'employé et dans le cadre des besoins de l'entreprise, être utilisées à une période déterminée. Par exemple pour un séjour de courte ou de plus longue durée ou pour un congé de préretraite avant la mise à la retraite.

Un instrument indispensable

Il devrait être également possible, dans une dernière phase avant la retraite, de réduire son degré d'occupation sans subir de perte de salaire. De même, l'horaire de travail devrait pouvoir, grâce aux bonifications de temps, être assoupli – par exemple par une réduction, pour une durée limitée, du degré d'occupation.

Le CET ne présente des avantages que pour les collaborateurs. Un exemple : Si les agents de police n'avaient pas de CET, le canton de Berne ne pourrait plus assurer la sécurité dans les matches de football à hauts risques.

L'APEB exige par conséquent que les CET soient maintenus – aussi pour les cadres. Si on les supprimait, le canton se ferait du tort à lui-même. Ce ne serait d'ailleurs pas la première fois.

Oui à six semaines de vacances pour tous

L'APEB soutient l'initiative populaire fédérale « 6 semaines de vacances pour tous » de Travail.Suisse, l'organisation faîtière indépendante de 170 000 travailleurs et travailleuses. En Suisse, les trois quarts de la population et presque 90 pour cent des actifs souhaitent plus de vacances que les quatre semaines de vacances autorisées par la loi. Ce vœu a été en particulier exprimé par les familles ayant des enfants. Le

canton de Berne accorde à son personnel au moins 23 jours de vacances. L'APEB exige depuis des années une cinquième semaine pour tous. Le 11 mars l'initiative de Travail.Suisse sera soumise à la votation populaire.

www.travailsuisse.ch/fr/6semainesdevacances



Quel est le droit de l'employeur ?

Certains employés cantonaux ont été instamment priés de fournir des indications sur l'utilisation de leur compte épargne-temps (CET). Ce qui n'est pas autorisé. Le pouvoir de décision sur l'utilisation de ces comptes incombe exclusivement à l'employé. L'employeur peut en revanche exiger que les vacances de l'année en cours soient prises intégralement. Cependant, il ne peut, sans invoquer une raison pertinente, décider à quelle période les vacances doivent être prises. La compréhension, la planification et l'entente mutuelles peuvent seules permettre d'atteindre cet objectif.

Budget 2012: le maximum a été atteint pour le personnel

Le Grand Conseil a décidé que le canton ne devra pas faire de nouvelles dettes. La réalisation de cet objectif incombe à l'administration et à son personnel.

Un budget affichant un zéro inscrit en chiffres noirs. Qu'est-ce que cela signifie ? Le Grand Conseil a adopté un budget 2012 qui ne prévoit pas de nouvel endettement. Cela n'a pas été trop difficile. Il a confié au Conseil-exécutif la tâche suivante : faites tout ce qui était prévu, toutefois à moindres frais.

Qui porte la responsabilité ?

Le Conseil-exécutif était placé devant un grand défi. Son désir d'économiser à tout prix s'étant entre temps érigé en un plan d'austérité standardisé, il a dû faire face à des exigences qui lui ont rendu la vie encore plus difficile : baisses d'impôt, impératifs de la Confédération, nouvelles obligations. Il a présenté au Parlement un budget déficitaire. La commission des finances a procédé à des corrections. Et nous avons dès lors un budget équilibré.

Des économies à hauteur de 50 millions de francs sont prévues au niveau des investissements. 19 millions de moins sont prévus pour ce qui a trait aux dépenses du canton - au détriment de la formation et de la santé. Et tout cela à causes des baisses d'impôt : il manque 138 millions de francs. Des économies sont toujours possibles : moins de leçons pour les élèves, moins d'argent pour Spitex et la fermeture d'un hôpital.

En fait, rien donné

Le personnel cantonal s'en sort cette année avec un moindre mal. Avec 1,5 pour cent, les mesures salariales peuvent être réalisées dans une mesure à peine acceptable. Elles suffisent juste pour ne pas augmenter sensiblement l'écart par rapport aux autres employeurs. Le retard pris au niveau des salaires va ainsi encore s'ac-

croître. Car les 1,5 pour cent accordés par le canton ne suffiront pas pour que les salaires cantonaux restent concurrentiels. Qui d'un côté engrange à hauteur de 1,5 pour cent (revenus sur les fluctuations de personnel) et accorde de l'autre 1,5 pour cent (progression de la masse salariale) n'a, en fait, rien donné. Le canton savait bien vendre ce « rien ».

Deux grands perdants

Devons-nous louer le Grand Conseil pour ne pas avoir réduit le peu qui restait ? Ou devons-nous le blâmer parce qu'il n'a pas su faire un geste courageux ?

L'APEB a fait preuve d'un fort engagement et a obtenu pour le personnel ce qu'il y avait de mieux actuellement. Chez nos collègues du corps enseignant et du personnel de la santé, ce n'est malheureusement pas le cas.

diagonal

100 ans
APEB

www.apeb.ch

13 Portrait

La seule femme

La section des experts en automobiles de l'APEB compte près de septante membres. Parmi ceux-ci une seule femme.

14 Sujet politique actuel

Maintenez les CET

Le system des comptes épargne-temps (CET) est ingénieux et favorable. Pour le personnel ainsi que pour le canton.

Editorial



Le 8 mars, c'est la Journée internationale de la femme.

Archives

Engagée depuis 100 ans pour le personnel

L'APEB célébrera en 2012 son centenaire. Pour saluer cet événement, l'association publiera une édition spéciale de «diagonal», consacrée entièrement à la place de la femme.

Par Anna C. Lehmann Löffel, responsable de la communication

L'APEB fêtera cette année ses cent ans d'existence. En juin 1912 s'est tenue à l'Hôtel du gouvernement l'assemblée de fondation. Aujourd'hui, l'association peut fièrement jeter un regard rétrospectif sur les cent ans de son engagement en faveur du personnel. Elle peut se féliciter des nombreux acquis réalisés durant toute cette période. Sur certains points, il faudra encore se battre (p. 14 et 15).

La première édition de «diagonal» de cette année d'anniversaire est consacrée spécialement à la femme. Le 8 mars, c'est la Journée internationale de la femme. Celle-ci a été créée pratiquement en même temps que l'APEB, à savoir en 1911. Ce

furent alors plus d'un million de femmes qui y ont participé. Elles exigeaient le droit de vote aux femmes, leur droit à l'exercice de fonctions publiques et la fin des discriminations sur la place de travail.

Dès le début, l'APEB a été favorable à l'affiliation de femmes en son sein et représentait une vision des choses relativement progressiste compte tenu du contexte d'alors (p. 8). Entre temps bien des acquis sociaux ont été réalisés. Pourtant, aujourd'hui encore l'égalité entre les femmes et les hommes reste un objectif essentiel (p. 7). Ainsi, les discriminations salariales demeurent souvent une réalité. Dans le canton de Berne également (p. 12).